Abend-Ausgabe. Nr. 131 Donnerstag, 18. März 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 50,96 Rpf. Postgeb. ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., außerhalb Sachsens mit Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1005 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise n. Preisliste Nr. 8: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 4 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Üble Hetze Wiener Judenblätter

Einschreiten der Regierung dringend erforderlich

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. März.

Trotz des am 11. Juli des vergangenen Jahres zwischen Deutschland und Oesterreich getroffenen Abkommens, das der Wiederherstellung nicht nur guter, sondern herzlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dienen soll, hat es eine Reihe jüdischer Blätter, die ihren Erscheinungsort fast durchweg in Wien haben, fertiggebracht, unentwegt gegen Deutschland und den Nationalsozialismus zu hetzen. Zu wiederholten Malen war von deutscher Seite darauf hingewiesen worden, daß ein solches Verhalten nicht dem Geist und Sinn des Abkommens vom Juli 1936 entsprechen kann. Aber bis zur Stunde hat die österreichische Regierung gegen diese Schmutzblätter nichts unternommen. Gerade in den letzten Tagen haben sich nun diese Revolverorgane neue grobe Ausfälle gegen Deutschland geleistet.

So brachte es das jüdische Blatt „Telegraph am Mittag" in seiner Nummer vom 17. März fertig, in einer aus München datierten Meldung zu berichten, der Reichspressechef der NSDAP, Dr. Dietrich, wäre in Bamberg verhaftet worden, weil er in berauschtem Zustand nicht wiederzugebende Aeußerungen gegen den Führer und den Nationalsozialismus gemacht hätte. Dr. Dietrich, der sich heute vor einem Kreis deutscher Pressevertreter über diesen unerhörten Skandal äußerte, erhielt am Mittwochabend das Wiener Blatt gerade, als er zu einem dienstlichen Vortrag beim Führer weilte. Es braucht nicht erst betont zu werden, daß der Führer eine Beleidigung seiner eigenen Person in derartig üblen Hetznachrichten sehen muß, wenn man die Männer, mit denen er Tag für Tag zusammenarbeitet, in solcher gemeinen und niedrigen Weise verunglimpft.

Man durfte von der österreichischen Regierung mit Recht erwarten, daß sie eine so bodenlos unverschämte Lüge sofort zum Anlaß eines Einschreitens nehmen würde. Aber nichts dergleichen ist geschehen. Zahlreiche andere Beispiele aus den letzten Tagen zeigen, daß die österreichische Regierung dem Treiben dieser jüdischen Hetzorgane offenbar nicht die geringste Beachtung zu schenken scheint. So konnte das Blatt „Die Stunde" in seiner Nummer vom 11. März ungestraft eine großaufgemachte Nachricht aus Paris wiedergeben, daß in Deutschland täglich Tausende von Arbeitern verhaftet würden, weil die deutsche Arbeiterschaft sich für die spanischen Bolschewisten erklärt habe und in den Betrieben Sammlungen für die roten Horden vorgenommen würden. Fast die ganze Nummer dieses sauberen Revolverblattes war mit der widerwärtigsten Hetze gegen das Deutsche Reich angefüllt.

Am 11. März brachte der „Telegraph am Mittag" eine ebenfalls riesig aufgemachte Nachricht, daß die SS einen Putsch unternommen hätte, um die Macht an sich zu reißen. Das Blatt „Das Echo" berichtete am 12. März, daß alle Leute, die sich zur Leipziger Messe begeben hätten, eine Lebensmittelkarte erhalten hätten, weil es in Deutschland nichts mehr zu essen gäbe. In einer anderen Meldung wurde behauptet, in Deutschland würden von den Dächern schon die Dachrinnen abgenommen, weil man das Zink für die Aufrüstung brauche. Wer an seiner Wohnungstür nicht die Winterhilfsplakette habe, werde sofort verhaftet. Selbstverständlich wollte am gleichen Tage die „Stunde" ihrer Hetzkonkurrenz nicht nachstehen und verbreitete sich in einer längeren Betrachtung über die „imperialistischen Ziele", die Deutschland im Osten verfolge.

Es ist von deutscher Seite immer wieder versucht worden, bei der österreichischen Regierung auf gütliche Weise zu erreichen, daß sie dem unerhörten Treiben dieser jüdischen Presse, das dem Abkommen vom Juli 1936 aufs schwerste ins Gesicht schlägt, entgegentritt. Leider muß man feststellen, daß alle diese Vorstellungen erfolglos blieben. Die österreichische Regierung hat es bis jetzt nicht für nötig befunden, gegen Organe, die sich eines solchen kaum noch zu kennzeichnenden Tones schuldig machen, etwas zu unternehmen. Dieses Verhalten der österreichischen Regierung steht im schärfsten Gegensatz zu der übergroßen Empfindlichkeit, die man zeigt, wenn einmal deutsche Zeitungen ruhig und sachlich über innerpolitische Vorgänge in Oesterreich berichten. Es kann — das möge man sich in Wien vor Augen halten — dem deutschen Volke nicht gleichgültig bleiben, wenn der infamen Lügenhetze, mit der die Wiener Judenblätter gegen das Reich und den Nationalsozialismus Tag für Tag zu arbeiten sich bemühen, nicht entgegengetreten wird. Den schmierigen Kreaturen, die ihre Aufgabe nur noch darin sehen, das Deutsche Reich, seinen Führer und seine Weltanschauung in den Schmutz zu ziehen, das Handwerk zu legen, ist eine Pflicht, der sich die österreichische Regierung unbedingt unterziehen muß, wenn sie nicht will, daß das Abkommen vom Juli 1936 Schaden leidet. Die deutsche Oeffentlichkeit hat lange genug zu diesen unerhörten Vorfällen geschwiegen. Jetzt aber ist nun doch das Maß voll. Mitarbeiter des Führers, von denen in Deutschland jedes Kind weiß, daß sie nicht einen Tropfen Alkohol zu sich nehmen, als hemmungslose Trinker hinzustellen, das ist denn doch ein Skandal, der wirklich nicht mehr zu überbieten ist und den sich das deutsche Volk nicht gefallen läßt. Es wäre traurig genug, wenn die verantwortlichen Männer in Wien kein Empfinden dafür hätten, daß durch solche schmutzige und gemeine Darstellungen die Ehre des ganzen deutschen Volkes aufs schwerste angegriffen wird.

10 Kilometer Geländegewinn an der Südfront

Salamanka, 18. März.

Der nationale Heeresbericht vom Mittwoch teilt mit: Die Bolschewisten griffen östlich von Huesca die nationalen Stellungen an. Die Angreifer wurden im Bajonettkampf zurückgeschlagen. Sie verloren 45 Tote und 6 Gefangene. An der Guadalajara-Front wurde ein bolschewistischer Angriff auf die nationalen Stellungen nordwestlich von Hita zurückgeschlagen. An der Jarama-Front wurden nach ergänzenden Berichten am Dienstag zwei gegnerische Angriffe auf die Höhe 700 abgewiesen. An der Südfront gingen die nationalen Truppen weiter vor. Sie besetzten wichtige Stellungen und erzielten einen Geländegewinn von 10 Kilometer.

Halbtägiger Generalstreik in Paris ausgerufen

„Protest"-Kundgebung der marxistischen Gewerkschaften – Sämtliche Verkehrsbetriebe stillgelegt

Paris, 18. März.

Der Pariser Verband der marxistischen Gewerkschaft C. G. T. gab am Mittwochabend bekannt, daß angesichts der blutigen Ereignisse vom Dienstag in Clichy für den heutigen Donnerstag ein halbtägiger Generalstreik als „Protest" in den Fabriken und auf den Bauplätzen stattfinden werde.

Der Verwaltungsrat des marxistischen Gewerkschaftsverbandes CGT hat in seiner Nachtsitzung die Beschlüsse der Pariser Gewerkschaften über den Generalstreik gutgeheißen. Der Generalstreik, der bis in die frühen Nachmittagsstunden dauern soll, erstreckt sich auf sämtliche Unternehmen, Banken, Geschäfte und auch den Kleinhandel mit Ausnahme der städtischen und staatlichen Beamten, die aufgefordert worden sind, im Laufe des Vormittags eine geeignete Geste zu machen, mit der sie sich am besten zur „Protest"-Bewegung bekennen. Die Krankenpfleger, Apotheker und Buchdrucker sowie die Zeitungssetzer nehmen am Streik nicht teil. Dagegen werden sämtliche Verkehrsunternehmen stillgelegt.

Generalstreik gefährdet Volksfront

Im Ministerpräsidium fand in den späten Abendstunden eine Zusammenkunft der Mitglieder des Kabinetts mit der Leitung des marxistischen Gewerkschaftsverbandes und den Fraktionsführern der Volksfrontparteien statt. Der Gewerkschaftsführer Jouhaux teilte den Beschluß des Verwaltungsausschusses mit, wonach für den heutigen Donnerstagvormittag der Generalstreik beschlossen worden sei. Er versuchte auch, diesen Beschluß zu begründen. Dabei verstieg er sich zu der Behauptung, die Gewerkschaft wolle damit „die Interessen der Regierung wahren". (!)

Der Fraktionsführer der Radikalsozialen Partei, Abg. Campinchi, trat dieser Auffassung jedoch energisch entgegen und erklärte, der Generalstreik werde im Gegenteil sowohl auf parlamentarischem Gebiet als auch im gesamten öffentlichen Leben ernste Auswirkungen haben. Ihm sei an der Aufrechterhaltung der Volksfrontregierung gelegen, aber er sei der Ansicht, daß der schwerste Schlag, den man gegen sie führen könne, gerade in den Beschlüssen bestehe, die der Gewerkschaftsverband soeben getroffen habe. Der Generalstreik werde zur Folge haben, die bürgerlichen Kreise endgültig von der Volksfrontregierung zu trennen.

Unverfrorenheit der Moskau-Jünger

Wohin die Dinge in Frankreich nach dem blutigen Zusammenstoß in Clichy zu treiben drohen, enthüllt mit brutaler Offenheit eine Begründung des Generalstreiks durch den Pariser Verband der marxistischen Gewerkschaft C. G. T., die mit der Streikparole bekanntgegeben wurde. Der halbtägige Generalstreik wird darin bezeichnet als ein Protest gegen die „ununterbrochenen Herausforderungen der faschistischen Banden". Der Generalstreik soll ein Warnungszeichen sein. In einigen Tagen will nämlich der Gewerkschaftsausschuß wieder zusammentreten, um, wie es drohend heißt, die Lage zu prüfen und „seine Entschlüsse danach zu fassen", falls seinen Forderungen nicht Rechnung getragen werde. Bei diesen Forderungen kommt nun der Moskauer Pferdefuß deutlich zum Vorschein: Die „faschistischen Bünde" sollen sofort aufgelöst, oder de la Roque soll gefangengesetzt (!) werden! Die Pariser Polizei hat durch ihr energisches Vorgehen, dem kommunistischen Mob die Herrschaft über die Straße keineswegs freiwillig zu überlassen, das heftigste Mißfallen der Drahtzieher hervorgerufen. So richtet sich gegen die Polizei die unverschämte Forderung, schärfste Maßnahmen gegen die „Verantwortlichen der tragischen Schießerei" zu ergreifen. Es ist die alte Taktik des „Haltet den Dieb!", mit der die bolschewistischen Häuptlinge nach einem so schmerzlichen Ereignis, wie es das Blutbad in Clichy darstellt, das französische Volk auf die falsche Fährte locken wollen. Die ganze Unverfrorenheit dieser Moskau-Jünger offenbart sich dann auch in dem Verlangen, Armee, öffentliche Verwaltung und Polizei zu „reinigen".

Schwere Streikunruhen in Chikago

Kraftdroschkenfahrer mißhandeln arbeitswillige Kameraden – Verschärfte Streiklage in Detroit

Chikago, 18. März.

Mittwoch kam es zu schweren Streikunruhen, wie sie Chikago seit ein Reihe von Jahren nicht mehr erlebt hatte. Die Unruhen dauerten länger als eine Stunde. Die Ursache war ein Angriff von streikenden Kraftdroschkenfahrern auf Kameraden, die sich am Streik nicht beteiligen wollten. Neun Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Polizei nahm 27 Verhaftungen vor.

Die Streikenden stürzten sich auf zahlreiche in Betrieb befindliche Kraftdroschken, mißhandelten die Fahrer, schleuderten gegen alle vorbeifahrenden Automobile Steine, warfen einen Autobus um und setzten mehrere umgestürzte Fahrzeuge in Brand. Die Spiegelscheiben zahlreicher Schaufenster wurden zertrümmert. Die Polizei war gezwungen, in die Menge der Streikenden hineinzureiten, um sie zu zerstreuen. Dabei wurden auch mehrere unbeteiligte Straßenpassanten verletzt. Durch die Unruhen war der Verkehr im Geschäftsviertel mehrere Stunden lang gestört. Der Streik der Kraftdroschkenfahrer dauert schon den zwölften Tag.

In Detroit ist die Streiklage am Donnerstag durch die Weigerung von rund 6000 Sitzstreikern, einem Gerichtsbefehl zur Räumung von acht Autowerken der Chrysler Co. Folge zu leisten, noch ernster geworden. Etwa 30 000 mit den Streikenden Sympathisierende veranstalteten vor den Chryslerwerken lärmende Kundgebungen. Der Gerichtsbefehl sieht für den Fall der Nichtbefolgung eine Strafe von 10 Mill. Dollar für die leitenden Angestellten der Autoarbeitergewerkschaft vor. Diese Summe ist auf Grund einer Berechnung der Chrysler Co. festgestellt worden, nach der die Streikenden durch die Besetzung der Autowerke einen unersetzlichen Schaden verursachten, der sich täglich auf Hunderttausende von Dollars belaufe.

Neuer Streik in englischem Rüstungswerk

London, 18. März.

In England ist ein neuer wilder Streik ausgebrochen, der das Aufrüstungsprogramm der Regierung beeinträchtigt. 1200 Arbeiter der Firma Whitehead Torpedowerke traten zum Protest gegen die Versetzung zweier Arbeiter in einen Sitzstreik. Mittwochmorgen verließ die Belegschaft der Nachtschicht, die die Nacht ohne zu arbeiten im Betriebe verbracht hatte, das Werk und veranlaßte auch die ankommenden Arbeiter der Tagschicht, sich dem Streik anzuschließen. Nunmehr liegen die Werke vollkommen still. Die Firma Whitehead ist gerade jetzt mit Aufträgen der Admiralität außerordentlich beschäftigt und hat darüber hinaus eine große Zahl Auslandsaufträge durchzuführen.

Streikgefahr im polnischen Bergbau beseitigt

Kattowitz, 18. März.

Die drohende Streikgefahr im polnischen Bergbau ist nunmehr beseitigt, nachdem der nach Kattowitz einberufene Betriebsrätekongreß am Mittwochabend einen neuen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses angenommen hatte, der den Forderungen der Arbeitnehmer entgegenkommt. Der allgemeine Kongreß der Berufsorganisation des Bergbaues hat die Lohnbeschlüsse der Schiedsgerichtskommission ebenfalls angenommen. Aus diesem Grunde sind die Sondermaßnahmen widerrufen worden, die von der polnischen Regierung getroffen worden waren, so auch das Kohlenausfuhrverbot.

SLUB
Wir führen Wissen.